

■ Internationale Konferenz in Berlin

Bulgarien: Eine Bestandsaufnahme zehn Jahre nach dem Beitritt zur EU und vor der EU-Ratspräsidentschaft 2018

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Konrad-Adenauer-Stiftung / Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft / Deutsch-Bulgarisches Forum
Berlin, 21.-22. November 2017

Bericht von Diana Karasch, Berlin

Jubiläumsfeierlaune traf auf Arbeitsatmosphäre im runden Veranstaltungssaal der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, denn es ging an diesem November-Abend 2017 um Bulgarien – ein Land, das seit zehn Jahren offiziell zur EU gehört und im ersten Halbjahr 2018 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt.

Schon die Begrüßungsworte bei der Eröffnung der Abendveranstaltung am ersten Konferenztag brachten es auf den Punkt. Dr. h. c. *Gernot Erler*, Präsident der Südosteuropa-Gesellschaft und

Vorsitzender des Deutsch-Bulgarischen Forums, erinnerte an die große Jubelfeier im Roten Rathaus vor zehn Jahren in Berlin, an den langen Weg dahin und an die politische Entscheidung, die den EU-Beitritt Bulgariens möglich gemacht hatte. Erler würdigte die Fortschritte des Landes, konfrontierte aber auch mit kritischen Punkten wie Armut, stockenden Reformen, Korruption und organisierter Kriminalität. Gerade die Korruption und die Defizite im Justizbereich hätten sich als problematisch erwiesen und belasteten aktuell auch den Beitrittsprozess der neuen EU-Anwärter. Die bulgarische EU-Ratspräsidentschaft nannte Erler „eine riesige Herausforderung“, die aber gleichzeitig auch eine große Chance darstelle.

Auf die Chancen wies auch das Grußwort von Dr. *Wolfgang Büchele* hin, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft. Die deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen hätten sich seit dem Beitritt des Landes zur EU sehr lebhaft entwickelt und Spitzenwerte erreicht. Durch eine höhere Absorption der EU-Fördermittel erhoffe sich die bulgarische Regierung eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie einen weiteren Ausbau der Infrastruktur. Nach Angaben der Regierung würden rund 80 % der öffentlichen Investitionen mit EU-Mitteln finanziert.

Ausdrücklich lobte Dr. *Hans-Gert Pöttering*, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung, die von der bulgarischen Regierung eingeleiteten Reformen. Es sei viel geschehen; dennoch bleibe einiges zu tun, um die gemeinsamen Standards der EU zu erfüllen. Es sei positiv, dass die Regierung sich weiter entschlossen zeige, Korruption und Kriminalität zu bekämpfen sowie Reformen in den Bereichen Justiz, Umwelt und Bildung voranzutreiben. „Wir vertrauen darauf, dass die angekündigten Schritte auch durchgeführt werden“, sagte Pöttering.

„Wir werden unseren Weg mutig weitergehen und uns weiter engagieren“, kündigte in seiner Keynote *Georg Georgiev*, Stellvertretender Außenminister der Republik Bulgarien, an. Obwohl schwierige Zeiten herrschten – geprägt durch die Brexit-Verhandlungen, die Debatte über eine gemeinsame Flüchtlings- und Migrationspolitik und die Vorbereitung des Finanzrahmens ab 2020 –, werde Bulgarien einen guten EU-Ratsvorsitz liefern. Georgiev nutzte die Gelegenheit, um die Agenda der sechsmonatigen Ratspräsidentschaft vorzustellen. Unter dem Motto „In der Einheit liegt die Kraft“ werde Bulgarien die Schwerpunkte auf drei „K“-s – Konsens, Konkurrenz und Kohäsion – legen. Konsens solle in den Bereichen Sicherheit und Migrationspolitik gefunden werden. Die Konkurrenz im Digitalmarkt solle gefördert und Kohäsion (Zusammenhalt) innerhalb der EU gestärkt werden. Diese Bemühungen würden von einer deutlich pro-europäischen Stimmung in der Bevölkerung Bulgariens getragen. Ein zentrales Thema der EU-Ratspräsidentschaft sei für Bulgarien der Westbalkan, für den das Land gute Expertise mitbringe. Sofia werde ein starkes Gewicht auf den Erweiterungsprozess in der Region legen. Für den 17. Mai 2018 sei ein eigener EU-Gipfel zu diesem Thema geplant – die Region brauche eine klare Bestätigung der EU-Beitrittsperspektive.

Auch zur Türkei habe Bulgarien als Nachbar gute Beziehungen, dabei liege es im EU-Interesse, den Dialog zu intensivieren. Zwei weitere Themen seien in eigener Sache von großer Bedeutung: Der Beitritt in die Euro-Zone und in den Schengen-Raum, möglichst noch 2018. Die Regierung sieht hier große Fortschritte: Makroökonomisch stehe Bulgarien sehr stabil da. Es schütze die EU-Grenze zuverlässig und ziehe mit Deutschland an einem Strang in der Flüchtlingskrise. In anderen Bereichen hingegen – beim Kampf gegen die Korruption und bei der Justizreform – müsse man nachbessern. Allerdings halte die Regierung in Sofia das bisherige Kooperations- und Kontrollverfahren der EU (CVM) für überholt; die Berichte würden vor allem für innenpolitische Zwecke missbraucht. Georgiev hatte auch klare außenpolitische Botschaften in Richtung Brüssel abzugeben. Zur Terrorismusgefahr und der Flüchtlingskrise seien neue

Herausforderungen hinzugekommen wie Hybridkriege, Cyberattacken, u. a. Europa solle die Augen vor den neuen Realitäten nicht verschließen, sondern von reiner Toleranz zum Pragmatismus übergehen und dringend mehr in eine neue gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik investieren.

Auf die Vertiefung der Zusammenarbeit der EU-Staaten im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik ging in ihrem Statement auch Dr. *Meglana Kuneva*, ehemalige stellvertretende Premierministerin Bulgariens und EU-Kommissarin, ein. Sie sprach von der PESCO (*Permanent Structured Cooperation*), also von der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Im Rahmen der Podiumsdiskussion „Europa mitgestalten: Die Rolle Bulgariens in der EU / für die EU“ betonte Kuneva die Bedeutung der Kohäsion nicht nur bei der Infrastruktur, sondern auch in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Digitales. Bulgarien übernehme den EU-Ratsvorsitz in turbulenten Zeiten – es sehe so aus, als ob nun nicht Europa oder die USA, sondern China als Motor einer neuen globalen Weltordnung aufsteigen wolle. Jetzt gelte es für Europa, seine Führungsrolle im wirtschaftlichen, politischen und sozialen, aber auch im Ideenbereich durch eine Vertiefung der Integration zu behaupten. Für Bulgarien sei die EU alternativlos. Der EU-Beitritt vor zehn Jahren sei nicht das Ende der Transition gewesen, sondern erst der Anfang eines neuen, bewusst gewählten Weges.

Es sei gut für Europa, dass gerade in diesen Zeiten mit Bulgarien ein ausgesprochen pro-europäischer Staat den EU-Ratsvorsitz übernehme, und damit seien sowohl die Stimmung in der Bevölkerung als auch die Einstellung der Regierung gemeint. Dies postulierte als nächster Podiumsdiskutant Dr. *Daniel Smilov*, Assoc. Prof. beim Centre for Liberal Strategies, Sofia. Er halte die Schwerpunkt-Themen der Ratspräsidentschaft für essenziell. Die Kohäsionspolitik der EU sei enorm wichtig, sie müsse weitergeführt und entwickelt werden, da sie für die Bevölkerung den besten Beweis für die Vorteile der EU liefere. Beim Thema westlicher Balkan teilte Smilov die Position der bulgarischen Regierung: Ohne klare europäische Beitrittsperspektive berge die Region die Gefahr einer neuen Instabilität sowie enorme Sicherheitsrisiken in sich. Innenpolitisch müsse Bulgarien noch viele Hausaufgaben erledigen, es sei eine Frage des Reformwillens. Legitim seien die Ängste der bulgarischen Regierung, dass man sich „außerhalb der Euro-Zone“ auch „in der Peripherie der EU“ befinde.

Auf die Hausaufgaben, die Bulgarien noch erledigen muss, ging ebenso die nächste Teilnehmerin der Podiumsdiskussion ein, *Vessela Tcherneva*, Senior Director and Head of the European Council on Foreign Relations Office, Sofia. Der jüngste CVM-Bericht sei der bisher „am positivsten formulierte negative Bericht“ dieser Art. Bei den Problemen im Bereich Justiz und Inneres gebe es leider keinen signifikanten Fortschritt. Es ginge nicht um kleine Defekte und technische Details, sondern um eine Anhäufung von Systemproblemen, die nicht adäquat gelöst würden. Die politische Botschaft des Berichts beinhalte die Hoffnung und die Chance, die Probleme bis zum Mandatsende dieser EU-Kommission aufzuarbeiten. Skepsis sei da aber angebracht. – Das Schwerpunkt-Thema der bulgarischen EU-Ratspräsidentschaft westlicher Balkan hielt Tcherneva für sehr wichtig. Die EU müsse die Beitrittsperspektive aufrechterhalten, um keine Frustrationen bei den Prozessbeteiligten aufkommen zu lassen.

Geboren und aufgewachsen sei er in Sofia in der Moskau-Straße; heute lebe er in Bonn, in der Europa-Straße, sagte der Moderator *Alexander Andreev*, Leiter der Bulgarischen Redaktion der Deutschen Welle, Bonn, gleich zur Einführung ins erste Panel am zweiten Konferenztag im Hotel Berlin. Dies sei erfreulich, nicht nur wegen der Symbolik. Was dahinterstecke, würde das Thema des Podiums „Folgen und Wirkungen des EU-Beitritts Bulgariens“ beleuchten.

Den gesellschaftlichen Wandel analysierte zu Beginn Dr. *Michael Hein*, Universität Göttingen. Die EU-Euphorie in der Bevölkerung Bulgariens sei bis heute erhalten geblieben. In der bulgarischen Politik gebe es zwar sehr erfolgreiche populistische Akteure; populistische Anti-EU-Positionen hätten nur sehr bedingt Erfolg. Dies sei jedoch nicht nur ein Zeichen von Vertrauen in die EU, sondern auch von Misstrauen gegenüber der eigenen politischen Elite. Trotz aller makroökonomischen Erfolge habe die EU-Mitgliedschaft nicht dazu geführt, dass im Bereich der sozio-ökonomischen Entwicklung eine Verbesserung der Lage für die Bevölkerung nachhaltig spürbar würde. Ohne die finanzielle Unterstützung der EU wäre die Situation jedoch noch deutlich schlechter. Die Einwohnerzahl Bulgariens sei von knapp neun Millionen im Jahr 1989 auf zuletzt nur noch knapp über sieben Millionen eingebrochen. Neben einem dramatischen Geburtenrückgang sei dafür auch massenhafte Emigration verantwortlich. Hein zitierte den beliebten bulgarischen Witz über die zwei Auswege aus der politischen und wirtschaftlichen Stagnation in Bulgarien – der eine sei Terminal 1 und der andere Terminal 2 (des internationalen Flughafens von Sofia). Mit Blick auf diese drastischen Trends bleibe festzuhalten, dass die EU-Mitgliedschaft zumindest bisher keinerlei grundlegend stabilisierenden Effekt bewirkt habe. Gleichzeitig zeige der Ausblick eine deutliche Zunahme zivilgesellschaftlichen Protests gegen klientelistische Verstrickungen der Regierung, gegen ökologisch umstrittene Projekte, u. a. Eine neue Protestkultur sei entstanden; nur habe bisher die zivilgesellschaftliche Politisierung sehr bedingt Einfluss auf die politische Elite gewonnen. Gleichwohl liege in dem wachsenden zivilgesellschaftlichen Engagement die Hoffnung auf Veränderung, auf positiven gesellschaftlichen Wandel.

Über die Aufstiegschancen und Abstiegsrisiken bulgarischer Bürger seit dem EU-Beitritt referierte Prof. *Rumiana Stoilova*, Direktorin des Instituts für Gesellschaft und Wissen, Bulgarische Akademie der Wissenschaften, Sofia. Der Anteil der Mittelschicht sei in den letzten zehn Jahren relativ stabil geblieben. Gleichwohl sei diese Gruppe unter der ländlichen und der älteren Bevölkerung unterrepräsentiert und sinke weiter. Das Durchschnittseinkommen in Bulgarien sei auf einem sehr niedrigen Niveau, obgleich in den letzten Jahren steigend. Die höheren Einkommen würden stärker wachsen als die niedrigen und mittleren. Neben der reinen Wirtschaftsemigration gebe es auch das für die bulgarische Gesellschaft höchst problematische Phänomen des *Brain-Drain*. Dies hindere nicht nur die Wirtschaftsentwicklung, sondern erschwere auch die Entwicklung einer stabilen Demokratie, was wiederum zu weiterer Auswanderung führe. Eine ebenso problematische Entwicklung sei das regelrechte „Ausbluten“ der ländlichen Regionen. Zu den Verlierern der letzten Jahre gehörten Ältere, junge Menschen ohne Ausbildung sowie die Bevölkerung außerhalb der Großstädte. Die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen sowie der Regionen, die Investitionen in Bildung und lebenslanges Lernen sollten zu den Schwerpunkten der bulgarischen Regierung gehören.

Eine traurige Momentaufnahme der bulgarischen Medien, die sich in den letzten Jahren herauskristallisierte, lieferte in ihrem Beitrag über die Medien und die „Defekte und Effekte der EU-Mitgliedschaft“ *Kristina Hristova*, Association of European Journalists Bulgaria, Sofia. Sie schilderte einen kleinen Medienmarkt, der auf Regierungsaufträge und EU-Gelder angewiesen sei. Es gebe keine klaren Medieneigentümer in Bulgarien, die Abhängigkeiten würden durch Offshore-Firmen verschleiert. Die enorme Konzentration bei Medien und Vertrieb (über 80 %) führten zur politischen und wirtschaftlichen Einflussnahme und zur Aushöhlung der professionellen journalistischen Standards. Die Medien lieferten tagtäglich je nach Auftrag Lobeshymnen oder vernichtende Artikel und bedienten oligarchische Interessen. Rufmord und Verleumdungskampagnen gehörten zum Alltag genauso wie Nötigung und die Bedrohung von Journalisten – diese suchten letztendlich den Ausweg in Selbstzensur. Der Zugang zu EU-Geldern sei durch Gesetzeslücken direkt abhängig von Institutionen, die mit EU-Geldern

ihren „Medienkomfort“ erkaufen. Nicht selten würden dadurch Medien gefördert, die Hetze und Hass verbreiteten und europafeindliche Ressentiments schürten. Über die „Euro-Vitamine für das Medienmonopol“ und die Förderung von oligarchischen Strukturen mit öffentlichen Mitteln hätten sich bulgarische Journalisten in mehreren offenen Briefen an die EU-Kommission sowie an den zuständigen Minister für die EU-Gelder beschwert – bisher ohne Erfolg.

Ob die existierenden Kontrollmechanismen „stumpfe Schwerter“ sind, darum ging es auch im nächsten Panel „Justiz und Inneres“ mit Moderator *Thorsten Geibler*, Leiter des Auslandsbüros Bulgarien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sofia. Über die Rechtsstaatlichkeit referierte *Stela Ivanova-Manthey*, Institut für Ostrecht, Regensburg. Sie benannte einige Herausforderungen: Das Vertrauen der Gesellschaft in die Gestaltungsfähigkeit der Politik fehle, die gesellschaftliche Mitte fühle sich nicht politisch vertreten. Ein positiver Effekt sei die Entwicklung der Zivilgesellschaft. Trotz Teilung von Staat und Parteiapparat bleibe als große Herausforderung die Korruption, der Staat sei „gefangen“. Bei der Dreiteilung der Staatsgewalt benannte Ivanova-Manthey als Herausforderung die Neigung zu Sonderjurisdiktionen. Es sei problematisch, wenn Organe der Exekutive klassische Funktionen der Judikative übernähmen, z. B. Antikorruptionsbehörden, Amtsenthebungen, Enteignungen. Problematisch sei z. B. der Trend zur Rückwirkung von Gesetzen und Anordnungen. Ivanova-Manthey wies auch auf das in Bulgarien fehlende Instrument der individuellen Verfassungsbeschwerde hin. Sie mahnte die Geltung der Rechtsstaatsprinzipien auch in Krisenzeiten (Terrorismus, Migrationsdruck) sowie die Wahrung der Menschenwürde an.

Das Thema „Korruptionsbekämpfung“ griff in seinem Statement *Ruslan Stefanov*, Center for the Study of Democracy, Sofia, auf. Er sprach vom bislang umfangreichsten EU-Forschungsprojekt zur Korruptionsbekämpfung ANTICORRP. An diesem interdisziplinären Projekt, das erst 2017 abgeschlossen wurde, hätten 21 Wissenschaftlergruppen aus 16 europäischen Ländern über fünf Jahre geforscht. Stefanov benannte die USA, Skandinavien und Estland als die am wenigsten von Korruptionspraktiken Betroffenen. Beunruhigend nannte er die Versuche einiger Balkanstaaten, sich der EU-Kontrolle unter dem Vorwand eines angeblichen Stabilitätsrisikos in der Region zu entziehen. Dieser Trend führe zu „Stabilitokratie“, also zu einem Herrschaftssystem, in dem der Stabilität mehr Bedeutung beigemessen wird als der Demokratie. Korruption verhindere Wirtschaftswachstum; die „Eroberung des Staates“ durch die Oligarchie und organisierte Kriminalität würden die Demokratie untergraben. Stefanov bezeichnete für Bulgarien als besonders beunruhigend das Bestreben, den EU-Kontrollmechanismus CVM aufzuheben. Gefährliche Tendenzen seien die Bildung von Politiker-nahen „Firmenringen“, das Medienmonopol, u. ä.

Über die „Eroberung des Staates“ sprach auch *Hristo Ivanov*, Justizminister a. D., Vorsitzender der Partei „Da Bulgaria“, Sofia. Dieses spezifische Korruptionsmodell, welches die Arbeit der Regierung, der Sicherheitsdienste, der Medien und Teile der Wirtschaft zu unterwandern versuche, sei weder chaotisch noch spontan, sondern ein Resultat zusammenhängender Prozesse. Die „Eroberung des Staates“ sei in Bulgarien keine Metapher, sondern Realität. Der Staat, in dem das Recht nichts mit Gerechtigkeit zu tun habe, sei einfach eine Form der organisierten Kriminalität. Hauptziele der Justizreform seien Bekämpfung der Korruption und Rechtsstaatlichkeit. Kleine Schritte seien nicht genug, sagte Ivanov, sondern ein großer Wurf sei notwendig. Die EU arbeite an der Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit: Wenn das Vertrauen in einen bestimmten Staat fehle, sei kein Informationsaustausch von sensiblen Daten und kein einheitlicher Rechtsraum in der EU möglich. Deshalb sei das Problem in einem einzigen Staat ein Problem für die ganze EU.

Ein beliebter Scherz in der NATO sei, dass die Korruption „der neue Kommunismus“ sei – die neue Systembedrohung. Ivanov nannte die Hauptherausforderungen für Bulgarien bei der Justizreform: Unabhängigkeit der Gerichte und eine effektive, demokratisch kontrollierbare Staatsanwaltschaft. Derzeit gäbe es diesen effektiven und demokratischen Kontrollmechanismus nicht. Der bulgarische Generalstaatsanwalt sei unantastbar, gegen ihn könne nicht ermittelt werden. Jeder Staatsanwalt im Land sei ihm unterstellt und in seiner Karriere von ihm abhängig. Er sei eine übermächtige Figur, erklärte Ivanov und zitierte einen ehemaligen Generalstaatsanwalt Bulgariens mit den Worten „Höher als ich ist nur Gott“. Die gute Nachricht sei, dass es in der bulgarischen Justiz hervorragende Fachleute gebe, die für Rechtsstaatlichkeit kämpften. Dieser Kampf finde auch in der Bevölkerung Unterstützung: Laut Umfragen würden ca. 70 % die Aufrechterhaltung des EU-Kontrollmechanismus CVM befürworten. Die Aufhebung der Kontrolle seitens der EU wäre das falsche Signal. Der CVM müsse weiterentwickelt und verbessert werden.

Die politische Kultur und die Parteienlandschaft analysierte nachfolgend Prof. Dr. *Antony Galabov*, New Bulgarian University, National Center for Parliamentary Studies, National Assembly of the Republic of Bulgaria, Sofia. Die Korruption sei ein Problem, aber keine Erklärung für alles. Man könne sogar behaupten, sie sei klar lokalisiert, es gebe auch klare Mechanismen, wie man sie neutralisieren könne. Bezeichnend nannte Galabov die Ergebnisse einer Studie über das Rechtsbewusstsein der Bulgaren in den letzten 17 Jahren, wonach das Vertrauen der Bevölkerung in die Justiz über mehrere Jahre in Folge unverändert bei 11-13 % geblieben sei. In der Sache bewege sich die bulgarische Gesellschaft zum „Untertanentum“ der sozialistischen Zeit zurück.

Über die Minderheiten und die Risiken im Bereich Inneres referierte Dr. *Boryana Dimitrova*, Assoc. Prof., Alpha Research – Agency for social and market research, Sofia. Die muslimische Gemeinschaft in Bulgarien liege bei 10-12 % der Bevölkerung, wobei 99 % der Muslime ihre Wurzeln auch ursprünglich im Land hätten und keine Muslime zweiter oder dritter Generation seien. Etwa 65 % davon seien ethnische Türken, 22 % Bulgarisch sprechende Muslime, also Pomaken, und ca. 12 % – Tendenz steigend – Roma-Muslime. Typisch für Bulgarien sei das sehr gute Verhältnis zwischen Muslimen und Christen – 74 % der Muslime gäben an, als Freunde Christen zu haben. Leider seien auch negative Tendenzen vorhanden: Angst vor Islamisierung, Einmischung der Türkei in die inneren Angelegenheiten Bulgariens, Einkapselung in bestimmten religiösen Gemeinschaften und Distanzierung vom Staat. Warnsignale seien die enormen Unterschiede im sozialen Status, auch unter den Muslimen selbst, Bildungsferne, verbunden mit hoher Religiosität – auch hier sei die Tendenz steigend. Daraus folgten neue, bisher untypische Praktiken, wie das Tragen von Hidzhab und Burka, aber auch das Vertrauen in Geistliche, die im Ausland ausgebildet wurden. Als Sicherheitsrisikofaktor benannte Dimitrova die Anfälligkeit der patriarchalischen muslimischen Strukturen für politischen Protektionismus durch ethnische Parteien und für politische Korruption sowie eine Radikalisierung durch das Schüren von ethnischen Ängsten.

Neue Denkanstöße lieferte das Panel über die deutsch-bulgarische Wirtschaftskooperation mit Moderator *Helge Tolkdorf*, Leiter Referat EU-Erweiterung, Südosteuropa, Türkei, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin. Dr. *Mitko Vassilev*, Hauptgeschäftsführer, Deutsch-Bulgarische Handelskammer (DBIHK/AHK Bulgarien), Sofia, stellte Bulgarien als Investitionsstandort vor. Bulgarien sei auch in der Wirtschaft Stabilitätsanker und Brückenbauer, Tor zum Balkan und zum großen südosteuropäischen Markt. Vor allem sei Bulgarien besser als sein Ruf: 3,8 % Wirtschaftswachstum, niedrige Inflationsrate, eine Arbeitslosenquote von 6 %. In den letzten zehn Jahren habe sich der Außenhandel mit Deutschland verdoppelt und werde laut Prognose für 2017 sogar die Rekordmarke von 7 Mrd. Euro überschreiten. Somit sei

Bulgarien der drittgrößte Wirtschaftspartner Deutschlands in Osteuropa nach Russland und Rumänien. Der Export Bulgariens wachse schnell, 2/3 der Waren und Dienstleistungen exportiere Bulgarien in andere EU-Länder. Deutschland sei der drittgrößte Investor in Bulgarien nach den Niederlanden und Österreich. Für das Wirtschaftswachstum spielten die EU-Fonds eine enorme Rolle: 12 Mrd. Euro für die Zeit 2007-2013 und 16 Mrd. für 2014-2020 stünden zur Verfügung. Die Unternehmen benannten allerdings auch die Schattenseiten des Investitionsstandorts klar: Fehlende Justizreform, Korruption, organisierte Kriminalität, Abwanderung von Wissenschaftlern und hochqualifizierten Facharbeitern. Dringend notwendig seien die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung und mehr Transparenz bei der Auftragsvergabe.

Vieles in der bulgarischen Wirtschaft laufe unter dem Radar der Politiker und der Medien, sagte Dr. *Teodor Sedlarski*, Assoc. Prof., Dekan der Wirtschaftsfakultät, St.-Kliment-Ohridski-Universität Sofia, Wirtschaftsminister a. D., Sofia, der zum Thema Wirtschaft und Industrie 4.0 referierte. Blue-Chip-Unternehmen aus der ganzen Welt wüssten mittlerweile, woran sie in Bulgarien seien. Beispiel sei der Riesendeal mit dem Verkauf des jungen bulgarischen IT-Unternehmens Telerik für 263,5 Mio. Dollar. Digitale Nomaden, innovative junge Menschen, beste IT-Ausbildung, 10 % Flat Tax und die Billigflieger hätten dazu beigetragen, dass Sofia heute eine wirklich europäische Hauptstadt geworden sei. Bulgarien gehöre zu den Top-Ländern für Internetgeschwindigkeit. Industrie 4.0., Start-Ups, Bulgarien als Digital Hub, moderne Fabriken – diese Strategie entwickle sich kontinuierlich und gebe den jungen Menschen Zukunft. Aus Co-Working Spaces würden Co-Living Spaces, welche ländlichen Regionen eine Chance gäben und kleine Kommunen aufleben ließen, soziales Unternehmertum entstehe.

Viele Vorteile für Bulgariens Entwicklung würde aus Sicht der OECD die angestrebte OECD-Mitgliedschaft bringen, schilderte in ihrem Statement Dr. *Elena Miteva*, Südosteuropa /Global Relations, OECD, Paris. Die Instrumente des *Soft Law*, also der nicht-verbindlichen Übereinkünfte, Absichtserklärungen oder Leitlinien, sowie der *Peer Pressure*, also der Partnerschaftskontrolle, hätten großes Potenzial. Miteva stellte die Kommissionen und das Instrumentarium der OECD vor und wies auf die Ergebnisse einer OECD-Analyse zum Wettbewerb in Südosteuropa hin, die bei einem Forum während der EU-Ratspräsidentschaft 2018 vorgestellt werde.

Über Globalisierung, Migration, Nachhaltigkeit und die Perspektiven für die deutsch-bulgarische Zusammenarbeit aus der Sicht einer Bank sprach *Christoph Freytag*, Vorstandssprecher, ProCredit Bank, Frankfurt am Main / Sofia. In den Anfangsjahren seien bulgarische kleine und mittlere Firmen in erster Linie „verlängerte Werkbänke“ deutscher Unternehmen gewesen; wenig Wertschöpfung sei vor Ort geblieben. Heute würde ein durchschnittlicher Kredit nicht mehr € 3.000, sondern € 250.000 betragen. Die Unternehmen hätten ihre Maschinen sowie ihr Management modernisiert. Die anhaltende Globalisierung mittelständischer und kleiner Unternehmen, die Migration in der EU und die Nachhaltigkeit (Green Economy) seien Trends, die Investitionsimpulse und Wachstum liefern könnten. Die deutsche Wirtschaft begegne den neuen Herausforderungen mit folgenden Rezepten: Modernisierung (Digitalisierung) von Prozessen sowie Auslagerung von Produktionsprozessen oder ganzer Produktionen nach Südost- und Osteuropa (75 % der Teile, die in einem Auto „Made in Germany“ verbaut seien, würden in Ost- oder Südosteuropa gefertigt, Tendenz steigend – mit deutlichem Anteil Bulgariens). Ein weiteres Rezept sei die Diversifizierung des Einkaufs von ganzen Produkten oder Teilprodukten auf Auslandsmärkten – auch hier mit zunehmendem Fokus auf Südosteuropa. Aus diesen anhaltenden Trends heraus ergäben sich Chancen für die weitere Ansiedlung deutscher Unternehmen in Bulgarien und für deutsch-bulgarische Zusammenarbeit. Wichtig seien dabei mehr Investitionen in Bildung und Wissenschaft sowie nachhaltiges und soziales unternehmerisches Handeln.

Ins vierte Panel des Tages „Herausforderung Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ führte die Moderatorin *Diljana Lambreva*, Journalistin, Sofia / Wien, ein. Beim Thema „Migration und Flüchtlinge“ sei dringend ein Durchbruch notwendig, sagte *Gerald Knaus*, Vorsitzender der European Stability Initiative, Berlin. Die EU besitze Regelwerke, die aber nicht funktionierten. Es sei absurd, die Anrainerstaaten allein zu lassen. Die EU müsse in der Lage sein, dort wo der Druck am stärksten sei, schnelle, faire und zuverlässige Entscheidungen zum Asyl zu treffen. Für die Rückführung von bereits abgelehnten Asylbewerbern würden Übereinkünfte mit den Herkunftsländern dringend gebraucht. Die EU müsse zeigen, dass sie ihre Grenzen schützen könne, ohne Grundrechte zu verletzen, sagte Knaus auch mit Blick auf Bulgarien. Sonst wäre dies eine offene Einladung an Populisten und Feinde der EU.

Mehr Sicherheit und Verteidigung in Europa wünschten sich die EU-Bürger, wie eine aktuelle Studie zeige, berichtete *Yordan Bozhilov*, Präsident des Sicherheitsforums in Sofia, in seiner Analyse zum Thema „Grenzüberschreitende Kriminalität und Terrorismus“. Beunruhigende Tendenz sei die Verbindung zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismus – es würden bereits funktionierende Kanäle genutzt, die in Verbindung mit Korruption „ausgezeichnete Synergien“ lieferten. So kämen zum Zigaretten-, Drogen- oder Antikenschmuggel auch noch Waffen- und Menschenhandel sowie Schlepperei und Terrorismus hinzu. Zu den Sicherheitsrisiken zählten für Bulgarien und die Region eine zunehmende Radikalisierung, Religionsunterricht durch ausländische Imame, die Flüchtlingswelle, die neuen Technologien und die Cyber-Kriminalität. Ein gemeinsames effektives Sicherheitssystem für Europa sei dringend notwendig, sagte Bozhilov. In die Zusammenarbeit sollten auch die EU-Anwärter des westlichen Balkans eingebunden werden.

Um weitere Sicherheitsrisiken, wie die Situation in der Schwarzmeer-Region (Krim) und in Syrien, ging es in den Ausführungen von Prof. Dr. *Plamen Pantev*, Direktor des Instituts für Sicherheits- und internationale Studien, Sofia. Obwohl es zu diesen Themen bereits gemeinsame EU-Papiere und -Beschlüsse gebe, sei hier wegen der neuen imperialen Interessenspolitik Russlands eine besondere Analyse notwendig. Letztere strebe eine Geopolitik an, bei der eine geschwächte EU die Wiederauferstehung alter Interessensphären hinnehmen müsse und die von den USA eine Beziehung auf Augenhöhe abverlange. Die Herausforderungen für die EU: Sie müsse dringend eine neue Sicherheits- und Verteidigungspolitik etablieren, das Verhältnis zur NATO verbessern und dynamisieren sowie dabei die Besonderheiten der jetzigen US-Administration berücksichtigen.

Ins Thema des 5. Panels „Herausforderungen und Schwerpunkte für die EU-Ratspräsidentschaft“ führte Dr. *Franz-Lothar Altmann*, Assoc. Prof., Universität Bukarest / Mitglied des Präsidiums der Südosteuropa-Gesellschaft, München, ein. Für Bulgarien und für die EU seien gute Beziehungen zu zwei großen Ländern, welche die Balkan- und die Schwarzmeer-Region dominierten – also zu Russland und der Türkei –, sehr wichtig, sagte Dr. *Ognyan Minchev*, Direktor des Instituts für Regionale und Internationale Studien, Sofia. Eine Herausforderung stelle immer wieder die langfristige Strategie Russlands dar, durch Monopolisierung der Energielieferungen Kontrolle über Sofia zu erlangen. Die Systemprobleme, z. B. die Korruption, schafften und züchteten Ressourcen für die Bedienung der russischen Interessen. In den letzten 6-7 Jahren sei eine große Propaganda-Kampagne aufgezogen worden, einem Hybridkrieg ähnlich, um zu beweisen, dass Bulgarien mit der EU-Mitgliedschaft die falsche Wahl getroffen habe. Russland wisse zwar, es könne Sofia vom europäischen Weg nicht mehr abbringen, eine Destabilisierung der EU-Peripherie jedoch käme ihm jederzeit sehr entgegen. Bulgarien würde gern zwischen dem Westen und Russland vermitteln wollen, die Kapazitäten dafür aber fehlten.

Die Minderwertigkeitskomplexe im kulturhistorischen Kontext auf der bulgarischen Seite verbunden mit den großrussischen Ambitionen stellten langfristig ein Hindernis für die bilateralen Beziehungen dar. Trotz einiger Äußerungen hochrangiger bulgarischer Politiker, welche die Aufhebung der EU-Sanktionen für Russland befürworteten, sei eine solche Initiative während der bulgarischen EU-Ratspräsidentschaft nicht zu erwarten. Strukturelle Schwächen weisen auch das Verhältnis Bulgariens zur Türkei auf. Es häuften sich Versuche seitens der Türkei, über die türkische Minderheit in Bulgarien innenpolitisch Einfluss zu nehmen und durch Finanzierung von Religionsunterricht sowie politischen Parteien den post-osmanischen Raum als Interessenssphäre abzustecken. Die Flüchtlingskrise und die neueste Entwicklung der Beziehungen EU-Türkei hätten dieses Verhältnis nicht gerade leichter gemacht. Die Türkei stelle nicht mehr einen Vorposten zum Nahen Osten dar; die Grenze zur islamischen Welt sei aufgehoben. Alles was die bulgarische Regierung derzeit versuche – teilweise verbunden mit großen Kompromissen –, um die bilateralen Beziehungen aufrechtzuerhalten und zu verbessern, könne keine Grundlage einer dauerhaften Stabilität sein. Die Unvorhersehbarkeit der türkischen Führung berge hohe Risiken, die von der EU unterschätzt würden. Auch eine neue Situation, bei der Russland und die Türkei an einem Strang zögen, würde die Risiken für die Balkanregion keineswegs schwinden lassen. Minchev zitierte dazu ein afrikanisches Sprichwort: „Ganz egal, ob Elefanten miteinander kämpften oder Liebe machten, in beiden Fällen werde das Gras unter ihren Füßen zertrampelt.“

Zum westlichen Balkan sprach auch *Andrey Kovatchev*, MdEP, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses im Europäischen Parlament. Bulgarien habe die beste Expertise von der Balkan-Region in der EU und nicht umsonst sei dies eins der Schwerpunkt-Themen der bulgarischen EU-Ratspräsidentschaft 2018. Auch wenn man kein Beitrittsdatum für die sechs Länder des westlichen Balkans benennen könne, solle man die Beitrittsperspektive glaubhaft aufrechterhalten – durch Öffnung der Erasmus-Programme für die EU-Anwärter, durch Angleichung von Roaming-Gebühren, durch grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte, finanziert mit EU-Fonds, etc. Dies sei auch ein geopolitisches Anliegen, welches die Immunität des westlichen Balkans gegenüber Einflussnahmen seitens der Türkei, Russlands, Saudi-Arabiens und Chinas signifikant erhöhen würde.
